

Haushaltsrede 2015 - 18.12.2015

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wir haben ein bewegtes Jahr hinter uns. Die Diskussionen, die wir sehr offen im Rat und mit großen Teilen der Öffentlichkeit geführt haben, waren schon etwas ganz besonderes. Es ist dabei sehr klar geworden, dass die Haushaltssituation der Schloss-Stadt Hückeswagen prekär ist. Auch wenn wir das nicht selbst verursacht haben, müssen wir mit den Konsequenzen leben und Einschnitte hinnehmen. Erst im Juni konnten wir den Haushalt 2015 mit dem Haushaltssicherungskonzept bis 2024 verabschieden.

Die **Abwicklung des Haushaltes 2015** konnte weitgehend plangemäß erfolgen. Wir haben die entsprechenden Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes umgesetzt. Im Moment ist noch nicht eindeutig abzusehen, wie wir das Jahr abschließen werden und ob wir das geplante Defizit von knapp 2,0 Millionen € einhalten können. Der heute eingebrachte Haushaltsplanentwurf weist größere Änderungen zum aktuellen Plan auf. Frau Bever wird gleich die Zahlen näher erläutern. Lassen Sie mich zuvor auf wesentliche **Eckpunkte** eingehen.

Der Haushalt wird im kommenden Jahr einen deutlich höheren Umfang einnehmen. Den Haushaltsausgleich im Jahr 2024, so wie es auch bisher schon eingeplant ist, behalten wir weiterhin im Focus und können ihn auch erreichen und zwar ohne nennenswerte Mehrbelastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger über das bisher schon beschlossene Maß hinaus.

Doch schauen wir uns zunächst die **Einnahmeseite** an.

Die Erträge von Seiten des Landes, also die Schlüsselzuweisungen und die Beteiligungen an der Einkommens- und Umsatzsteuer bleiben im Verhältnis zur bisherigen Einplanung auf einem vergleichbaren Niveau.

Besonders wichtig war uns, die Sätze für **Grund- und Gewerbesteuer** nicht über das bisher beschlossene Maß hinaus anzuheben. Das ist uns weitgehend gelungen. Die Steuersätze liegen im Wesentlichen dort, wo wir

sie schon vor zwei Jahren mit dem Haushalt 2014 beschlossen haben. Ich will das noch einmal besonders herausstellen: Bereits mit dem vorletzten Haushalt und dann formal im Haushaltssicherungskonzept 2015 haben wir deutliche Erhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer eingeplant. Davon kommen wir auch nicht mehr runter, es sei denn, uns gelänge ein früherer Haushaltsausgleich. Die beim nachfolgenden Tagesordnungspunkt zu beschließende Festsetzung der Steuersätze für 2016 ist daher eigentlich nur eine Formalie, weil wir das schon längst eingepreist haben. Der Steuersatz für die Grundsteuer B wird in 2024 bei 765 Punkten liegen und damit – bis auf 5 Punkte – bei der bisherigen Planung.

Trotz eines leicht höheren **Gewerbesteuersatzes** – zukünftig liegt der Satz bei 470 Punkten gegenüber aktuell 463 – mussten wir die Einnahmeerwartungen bei dieser Steuer zurückschrauben und werden den Ansatz deutlich reduzieren. Ursache hierfür ist das voraussichtliche Ergebnis für 2015, das nach heutigem Stand deutlich unter den Erwartungen liegt.

Nun zur **Aufwandsseite**:

Den Löwenanteil an unserem Haushalt machen nach wie vor die sogenannten Transferleistungen aus. Hierbei handelt es sich zum einen um die Kreisumlage und zum anderen vor allem um die Leistungen für Asylsuchende.

Die **Kreisumlage** wird in 2016 weiter steigen, liegt aber im bisher eingeplanten Rahmen. Dass es hier keine Änderungen gibt, liegt einzig und alleine daran, dass der Kreis bereits vor einem Jahr einen Doppelhaushalt für 2015 / 2016 verabschiedet hat. Ich sehe allerdings für die Zukunft durchaus Risiken: Die stark gestiegenen Flüchtlingszahlen werden letztlich auch zu höheren Sozialleistungen führen, die der Kreis zu einem erheblichen Anteil tragen muss. Auch zeichnet sich ein zusätzlicher Bedarf z.B. in der Kinderbetreuung ab, der ebenfalls zu steigenden Ausgaben führen wird. Hier ist und bleibt unsere Forderung, dass der Kreis eigene Sparbemühungen macht. Letztlich aber müssen vor allem Bund und Land

die Kommunen bei der Bewältigung dieser gesamtstaatlichen Aufgaben stärker unterstützen.

Nun zu dem Thema, was uns alle in den letzten Monaten sehr beschäftigt hat und sicherlich auch prägend für 2016 sein wird: Der stark angewachsene **Flüchtlings**strom. Dazu ein paar grundsätzliche Dinge:

Wir freuen uns in Deutschland und im freien Europa zu Recht über sehr vieles: große persönliche Freiheiten und Frieden, wirtschaftliche Erfolge und ein ausgeprägtes Sozialsystem, wir haben einen Rechtsstaat und eine geordnete Verwaltung. Uns geht es richtig gut! Und dass meine ich gar nicht in erster Linie wirtschaftlich.

Das Leben eines jeden Menschen ist sehr wertvoll, und das unabhängig von Nationalität, Geschlecht oder religiöser oder kultureller Orientierung.

Würde ist für uns kein Konjunktiv – die Menschenwürde ist unantastbar und unser höchstes Gut! Darum ist für mich völlig unstrittig, dass wir allen Menschen, die in großer persönlicher Not stecken, die um Leib und Leben fürchten, nach unseren Kräften helfen müssen und helfen werden.

Diese Aufgabe nehmen wir in Deutschland und auch bei uns in Hückeswagen sehr ernst. Und wenn ich mir anschaue, was wir in diesem Jahr geschafft haben, dann macht mich das sehr glücklich. Uns ist es gelungen, allen uns zugewiesenen Menschen eine Bleibe zu geben – und das sehr menschenwürdig und verteilt über das Stadtgebiet. Viele in Hückeswagen sind aktiv geworden, haben sich zusammen getan, gemeinsam Ideen, wie Begegnung und Integration gelingen kann, entwickelt und umgesetzt. Immer wieder begegne ich Menschen, die sich ehrenamtlich einbringen und ihren Beitrag leisten, jeder so wie er es kann. Das sind immer sehr positive Begegnungen und Berichte. Wir haben sehr viel auf die Beine gestellt. Herzlichen Dank für dieses großartige Engagement! Danke an meine Kolleginnen und Kollegen im Fachbereich Soziales und im Gebäudemanagement. Danke aber vor allem bei den vielen ehrenamtlichen Helfern, die Großartiges leisten!

Wir spüren alle, dass wir erst am Anfang eines längeren Weges sind. Aber wenn wir weiterhin so zusammenstehen und viele mit anpacken, dann wird

es ein guter Weg sein. Dieser Weg bietet große Chancen für die Flüchtlinge, die bei uns ein Leben in Freiheit führen und, wenn sie sich selbst anstrengen, auch eine wirtschaftliche Existenz aufbauen können. Aber auch Chancen für unsere Gesellschaft insgesamt, wenn es uns gelingt, die Flüchtlinge zu integrieren, sie in Arbeit zu bringen und ihren und unseren Kinder eine gemeinsame Zukunft zu ermöglichen.

Kommen wir nun zu den **Auswirkungen auf unseren Haushalt**. Alles hängt von der weiteren Entwicklung ab, die niemand wirklich einschätzen kann. Wir hoffen sehr, dass die internationalen Anstrengungen Früchte tragen und die Flüchtlingszahlen zurückgehen. Für unseren Haushalt müssen wir aber einen größeren Rahmen einplanen, um im Laufe des Jahres flexibel reagieren zu können. Derzeit kümmern wir uns als Stadt um knapp 300 Flüchtlinge. Wir gehen als Basis für den Haushalt 2016 von rd. 25 zusätzlichen Flüchtlingen pro Monat aus. Dabei ist berücksichtigt, dass im Laufe des Jahres viele Flüchtlinge einen Aufenthaltstitel erhalten werden und damit nicht mehr von uns sondern vom Jobcenter betreut werden. 25 pro Monat – dies bedeutet in der Summe eine Verdoppelung bis Ende nächsten Jahres auf rd. 600 Flüchtlinge.

Neben den direkten Zahlungen für den Lebensunterhalt sorgen wir vor allem für eine **Unterkunft**. Bisher ist es uns sehr gut gelungen, die Menschen in städtischen Gebäuden und angemieteten Wohnungen unterzubringen – und das über das Stadtgebiet verteilt. Mit der Fertigstellung der Unterkunft in der Peterstraße werden wir hier noch einmal einen großen Schritt vorankommen; und wir haben noch einige weitere kleinere Projekte in der Pipeline.

Grundsätzlich gilt das Prinzip der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Das bedeutet hier: **Mieten vor Kaufen vor Bauen!** Mit den bisher vorhandenen und bereits fest eingeplanten Möglichkeiten werden wir gut 450 Menschen unterbringen können. Das wird dann nicht reichen, wenn die Flüchtlingszahlen tatsächlich wie von uns berechnet am Ende des Jahres bei 600 liegt. Darum brauchen wir noch mehr Wohnraum. Vorsichtshalber haben wir im Haushalt Mittel für den Bau von Unterkünften eingeplant. Aber wir suchen in erster Linie weiterhin nach dezentralen Möglichkeiten

in vorhandenen Gebäuden, ob nun zur Miete oder im Einzelfall auch als Ankauf. Je mehr vorhandene Häuser wir nutzen können, umso weniger müssen wir neu bauen.

Im Haushalt sind neben den Kosten für Unterkünfte und Anmietungen und den gesetzlich festgelegten Zahlungen für den Lebensunterhalt aber noch **weitere Aufwendungen** in diesem Bereich vorgesehen: Für das Gebäude an der Peterstraße werden wir beispielsweise einen Sicherheitswachdienst beauftragen. Und wir werden uns im Sozialbereich befristet personell verstärken müssen: Zum einen benötigen wir eine weitere Verwaltungskraft, um die vielen verwaltungstechnischen Aufgaben erledigen zu können, sowie eine weitere Kraft für logistische und Hausmeisteraufgaben. Die größte Aufgabe wird aber in Zukunft die Integration der vielen Flüchtlinge sein. Deshalb haben wir zwei Sozialarbeiterstellen vorgesehen. Diese neuen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter werden auch die Aufgabe haben, die vielen ehrenamtlichen Kräfte im Flüchtlingsnetzwerk hauptamtlich zu unterstützen. Diese Stellen sind im Stellenplanentwurf vorgesehen und sollen sukzessive entsprechend dem Bedarf besetzt werden.

Nicht nur die Kalkulation der Aufwandsseite ist im Bereich der Flüchtlingshilfe unsicher; gleiches gilt auch für die **Ertragsseite**. Wir nehmen hier eine staatliche Aufgabe wahr; deshalb gehen wir auch davon aus, dass die Zuwendungen von Bund und Land kostendeckend sein müssen. Wir verlassen uns auf die Zusagen der Landespolitiker, die uns für 2016 eine Pauschale von 10.000 Euro pro Flüchtling angekündigt haben. So haben wir es eingeplant.

Kommen wir nun zum **Haushaltssicherungskonzept** bis 2024:
Ich gehe an dieser Stelle nur auf wesentliche Änderungen ein.
Erfreulicherweise konnten wir an einigen Stellen die Einsparungen konkretisieren und höher ansetzen. So sind die Gebühreneinnahmen in der Offenen Ganztagschule höher als erwartet, die Einnahmen aus einer konsequenten Parkraumüberwachung ebenfalls. Hinzu kommen Provisionen, die die Stadt von der HEG für die Bürgschaftsgewährung

erhält. Auch konnten wir Personalkosteneinsparungen konkretisieren und deshalb höhere Werte für das HSK zugrunde legen.

Das alles macht es uns möglich, zwei der bisher eingeplanten Maßnahmen wieder aus dem Haushaltssicherungskonzept zu streichen, und das halte ich für sehr erfreulich.

Das betrifft vor allem die **Parkraumbewirtschaftung**, die wir herausgenommen haben. Wichtigster Grund hierfür ist, dass das gebührenfreie Parken ein wichtiger Standortvorteil gegenüber anderen Städten in der Region ist. Viele Menschen kommen auch deshalb nach Hückeswagen zum Einkaufen und Bummeln, weil es viele und kostenfreie Parkplätze gibt. Und dabei soll es nach Möglichkeit bleiben.

Teil des bisherigen HSK war auch der Verzicht auf einen Ersatz für die marode **Brücke an der Brückenstraße**. Diese HSK-Maßnahme wurde ebenfalls gestrichen. Stattdessen planen wir jetzt den Neubau einer Fußgängerbrücke im kommenden Jahr. Hierfür gibt es zwei Hauptgründe, die das ganz besondere Engagement unserer Bürger deutlich machen: Zum einen gibt es viele Menschen, die die Bedeutung dieser Wegeverbindung für die Bewohner auf dem Höchsten und dem Mühlenfeld deutlich gemacht haben. Und es wurde nicht nur argumentiert und demonstriert. Einige haben ganz konkret mit angepackt und dafür gesorgt, dass die alte Brücke bis zu einem Ersatz wieder geöffnet werden konnte.

Außerdem – und das ist sicherlich der wichtigste Grund für die Änderung des HSK – haben wir eine Zusage über eine private Spende von 45.000 Euro, die aber gebunden ist an eine dauerhafte tragfähige Lösung.

Flüchtlingshilfe und Haushaltssicherungskonzept – das sind spannende Bereiche unseres Haushaltes. Aber es gibt wichtige Zukunftsaufgaben, auf die wir weiter unser Hauptaugenmerk richten wollen. Darum möchte ich an dieser Stelle noch auf einige wesentliche Dinge eingehen.

Für die **Schulen** haben wir im ablaufenden Jahr wichtige Weichenstellungen getroffen. Unsere Erich-Kästner-Schule hat als Hauptstandort der neuen gemeinsamen Förderschule für den Nordkreis

eine gute Zukunft. Die äußerst erfolgreiche Arbeit kann an dieser Stelle fortgesetzt werden; die erforderlichen Maßnahmen sind ergebnisneutral eingeplant.

Für die allgemeinen Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I haben wir uns entschieden, an welcher Stelle wir in Zukunft unsere Investitionen konzentrieren wollen. Bis zur Umsetzung dieses Konzeptes wird die **Löwen-Grundschule** noch für die nächsten sechs bis sieben Jahre am heutigen Standort verbleiben. Für eine Fortführung des Schulbetriebes für diesen Zeitraum müssen wir in Abstimmung mit der Bauaufsicht bestimmte Maßnahmen z.B. im Bereich des Brandschutzes durchführen. Eingeplant haben wir für die notwendigsten Maßnahmen für die Gebäude auf beiden Seiten insgesamt 600.000 Euro.

In der Realschule wollen wir in die Ausstattung des Biologieraumes investieren und für alle Schulen sind für die nächsten Jahre Investitionen in eine bessere Medienausstattung vorgesehen.

Ein sehr wichtiger Bereich stellt die Ausstattung unserer freiwilligen **Feuerwehr** dar. Wir werden im nächsten Jahr in die Planungen für einen Ersatz- oder Neubau für den Löschzug Stadt einsteigen. Natürlich werden wir plan- und turnusmäßig die nach Brandschutzbedarfsplan erforderliche Neubeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen vornehmen. Feuerwehrgebäude und Feuerwehrausstattung sind sehr wichtig – aber freiwillige Feuerwehr, das sind in erster Linie unsere ehrenamtlichen Wehrleute, die einen guten und unverzichtbaren Job machen. Besonders gefreut hat mich darum ein kleiner Satz im Haushalt: Wir erhöhen die Ansätze für Ausbildung und Einkleidung bzw. notwendige Untersuchungen, weil wir mehr Feuerwehrleute als bisher haben.

Im investiven Bereich fällt die Einplanung von Erschließungsmaßnahmen im Bereich des **Hambüchener Weges und der Montanusstraße** ins Auge. Für die nächsten Jahre haben wir dort die Fertigstellung des seit langem bestehenden Erschließungskonzeptes vorgesehen. Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus den Mitteln des Kommunalinvestitionsfördergesetzes, aus Erschließungsbeiträgen und aus städtischen Mitteln.

Diese Maßnahmen dienen gleichzeitig dazu, langfristig Wohnbauflächen in diesem Bereich zu aktivieren.

Weiterhin wichtige Akzente setzen werden wir in der **Zusammenarbeit mit der Hansestadt Wipperfürth**. Wenn die eigenen Ressourcen begrenzt sind, braucht man gute Partner. Der gemeinsame Bauhof, unser Regionales Gebäudemanagement und die gemeinsame Stadtkasse liefern gute Leistungen ab. Wir haben das in diesem Jahr gemerkt z.B. durch die gute und professionelle Arbeit bei größeren Straßenunterhaltungsarbeiten und bei den vielen Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Flüchtlingsunterkünften. Neu sind im nächsten Jahr die Leistungen für das gemeinsam betriebene Archiv im Haushalt enthalten. Wir arbeiten aber auch an weiteren gemeinsamen Projekten innerhalb der Verwaltung. Das spart Geld und führt vor allem dazu, dass wir bei gestiegenen Qualitätsanforderungen gute Arbeit leisten können.

Ich komme zum Schluss:

Wir haben ein aufregendes Jahr hinter uns. Auch die Aufgaben im neuen Jahr werden ähnlich große Herausforderungen für uns sein. Dabei ist unsere Stärke das gemeinsame, das WIR! Darum kann ich mit unserer Bundeskanzlerin sagen:

Ja, WIR schaffen das – und zwar sehr gut!

Daher schließe ich mit einem **Dankeschön** an die vielen unterstützenden Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, an den Stadtrat, an die Vereine und nicht zuletzt an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!